

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 59. Ratssitzung vom 21. August 2019

1554. 2019/295

Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Markus Knauss (Grüne) vom 26.06.2019:

Reduzierung der Anzahl Auto-Parkplätze der Schule Allmend für mehr Grünfläche und Freiraum

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1445/2019): Das geplante Schulareal Manegg hat eine Fläche von nur 4500 Quadratmetern und ist damit eines der kleinsten in der Stadt Zürich. Dementsprechend steht den ungefähr 250 Schülerinnen und Schülern nur relativ wenig Pausenfläche zur Verfügung. Es gibt kein Rasenspielfeld auf dem Schulareal und die Grünfläche beträgt insgesamt nur 320 Quadratmeter. Mit 27 Bäumen wird versucht, die auf dem Schulareal nur spärlich vorhandene Begrünung zu kompensieren. In dieser Situation ist es stossend, dass auf dem Schulareal neun Autoparkplätze für Lehr- und Betreuungspersonen vorgesehen sind. Diese Autoparkplätze sollen gestützt auf ein Mobilitätskonzept reduziert werden, was gemäss Artikel 8 der Parkplatzverordnung (PPV) möglich ist. Zudem sollen die Parkplätze vom Schulareal weg in bestehende Tiefgaragen verlegt werden. Dies wird heute bereits an einigen Schulen so praktiziert. Solche schulexterne Autoparkplätze werden durch die Immobilien Stadt Zürich (IMMO) angemietet und dem Schulamt verrechnet. Das Schulamt erhebt dann kostendeckende Gebühren von jenen Lehrpersonen, die einen solchen Parkplatz beanspruchen. Heute sind das 900 Franken pro Jahr für einen nicht fest zugeteilten Parkplatz. Diese kostendeckenden Gebühren für schulische Parkplätze sind also massvoll. Das Postulat tangiert diese Tarife nicht. Es will die Anzahl Parkplätze für das Schulpersonal Allmend reduzieren und vor allem auslagern. Dabei ist es selbstverständlich, dass es einen Parkplatz für Lehrpersonen mit körperlicher Behinderung in nächster Nähe zum Schulhaus geben muss. Durch die Auslagerung von Autoparkplätzen aus dem Schulareal kann mittels geringfügiger Anpassungen der Pläne mehr Grünfläche und mehr Freiraum für die Schülerinnen und Schüler geschaffen werden. Dies bringt zwar in Quadratmetern gemessen nur eine geringfügige Verbesserung der Qualität des schulischen Aussenraums. In Anbetracht der knappen Grün- und Freiflächen fällt diese jedoch stark ins Gewicht. Die meisten Lehrpersonen werden sowieso mit dem ÖV oder mit dem Velo zur Schule kommen. Das geplante Schulhaus ist nämlich durch den ÖV sehr gut erschlossen. Es ist ein Märchen, dass man wegen weniger Parkplätzen Mühe haben wird, Lehr- und Betreuungspersonen für eine Schule zu finden. Die neue Schule Allmend wird ein attraktiver Arbeitsort sein.

Stephan Iten (SVP) begründet den namens der SVP-Fraktion am 10. Juli 2019 gestellten Ablehnungsantrag: Bereits in der ersten Sitzung nach den Sommerferien geht es

wieder los mit dem Streit um Parkplätze. Die Grünen wollen nun ihre eigene Klientel bevormunden, indem sie ihren Wählerinnen und Wählern die Parkplätze wegnehmen möchten. Die SVP setzt sich zum Glück für alle ein. Beim ähnlichen Vorstoss GR Nr. 2017/249 haben wir bereits ausdrücklich gesagt, warum wir gegen die Reduzierung von Parkplätzen bei Schulhäusern sind. Im Gegensatz zum Stadtrat nehmen wir den Mangel an Lehrpersonen sehr ernst. Wenn wir Lehrpersonen von auswärts rekrutieren müssen, müssen wir diesen auch Parkplätze zur Verfügung stellen, denn nicht alle haben Anschluss an die entsprechenden ÖV-Linien. Beim vorhin genannten Vorstoss GR Nr. 2017/249 ging es um Pavillons, für die durch die Aufhebung von Parkplätzen Platz geschaffen werden sollte. Jetzt geht es um ein Rasenspielfeld. Die Reduktion von neun Parkplätzen auf etwas weniger bringt nicht viel mehr Platz, geschweige denn genug für einen Fussballplatz. Die autofahrenden Lehrpersonen sollen also in umliegende Parkhäuser verdonnert werden. Wenn ich daran denke, was ein solches Parkhaus kostet: Im Urania bezahlt man pro Tag 50 Franken, auf den Monat aufgerechnet würde dies also für die Lehrperson 1000 Franken weniger Lohn ausmachen. Dies in einer Zeit, in der die Lehrpersonen sowieso jammern, sie bekämen zu wenig Lohn. Die Lehrpersonen, die wir rekrutieren müssen, sind auf Parkplätze angewiesen, und deshalb lehnen wir den Vorstoss ab.

Weitere Wortmeldungen:

Walter Angst (AL): Die AL beantragt die Streichung des zweiten Satzes des Postulats, wonach für die zu streichenden Parkplätze in umliegenden bestehenden Parkgaragen Platz gefunden werden und die Kosten den Benutzerinnen und Benutzern zu belasten sind. Im Schulhaus werden auch Klassen der HPS untergebracht. Es muss garantiert werden, dass Lehrpersonen mit körperlicher Behinderung und allenfalls auch Eltern von Schülerinnen und Schülern dieser Klassen Parkplätze auf dem Schulareal zur Verfügung stehen. Wenn das jetzige Postulat jedoch wörtlich genommen würde, bedeutete dies: Kein Parkplatz auf dem Schulgelände. Mit der Streichung möchten wir der Verwaltung genügend Spielraum lassen, um die notwendigen Massnahmen zu treffen. So wird keine zu hohe Hürde gesetzt, das Ziel jedoch trotzdem erreicht. Wir haben grundsätzlich nichts gegen die Zumietung von Pflichtparkplätzen. Auch dass die Kosten von den Benutzerinnen und Benutzern getragen werden müssen, ist selbstverständlich und entspricht der gängigen Praxis der IMMO.

Yasmine Bourgeois (FDP): Ich möchte nochmals darauf hinweisen, dass die Parkplätze bei diesem Schulhaus rege genutzt werden. Wir müssen Lehrpersonen von extern anstellen, und viele von ihnen kommen aus angrenzenden Kantonen. Diese Lehrpersonen haben nicht so gute ÖV-Verbindungen wie jene aus der Stadt Zürich. Manchmal haben Lehrpersonen auch Material dabei. Der Vorstoss möchte, dass das Lehrpersonal für seinen Mehraufwand aufkommt. Dies finde ich ungerecht. Subventionieren wollen wir angemietete Parkplätze natürlich auch nicht. Zudem möchte ich darauf hinweisen, dass es hier lediglich um neun Parkplätze geht. So viel mehr Platz würde deren Aufhebung nicht bringen. Und wo würden denn der Hausdienst und die Lieferanten parkieren? Wir sind auf diese Parkplätze angewiesen und lehnen den Vorstoss klar ab.

3 / 3

Isabel Garcia (GLP): Innerhalb der Klimadiskussion geht es jeweils um kleine Beträge, um jene Möglichkeiten, die uns zur Verfügung stehen. Diese müssen wir wahrnehmen. Aus diesen grundsätzlichen Überlegungen stimmt die GLP dem Postulat zu, auch wenn uns bewusst ist, dass es um lediglich neun Parkplätze geht.

Stefan Urech (SVP): Mich beschäftigt etwas Tiefergehendes mehr als das Geld. Nämlich, dass man beginnt, Lehrpersonen nach ihrem Lebensstil und Gedankengut auszuwählen. Wir hatten einen solchen Fall bereits beim Schulhaus Heinrichstrasse, das wir in der Hochbaukommission behandelt haben. Da ging es ebenfalls darum, die Parkplätze für die Lehrpersonen zu streichen. Wir hatten die Kreisschulpräsidentin von der SP zu Gast. Auf die Frage, was jene Lehrpersonen tun sollen, die mit dem Auto zur Arbeit fahren wollen, antwortete sie: «Solche Leute stellen wir gar nicht an.» Das ist ein Problem. Wenn wir anfangen, die Leute, die unsere Kinder und Jugendlichen unterrichten, nach ihrem Lebensstil und politischen Gedankengut auszuwählen, ist das ein erster Schritt in eine unschöne Richtung.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Ich habe nach der Matur genug lange vikarisiert an der Schule, dass ich weiss wie es ist, auf den öffentlichen Verkehr angewiesen zu sein und man nicht mit dem Auto dorthin fahren kann, wo man Schule gibt. Ich war auch lange genug Schulpfleger, um zu wissen, wie wichtig solche Parkplätze für die Lehrpersonen sind. Der Vorstoss ist nichts anderes als ideologisch motiviert. Und wenn wir dann wieder zu hören bekommen, dies sei ein Beitrag zur Klimadiskussion, hört es einfach auf. Es wird langsam alles auf das Klima zurückgeführt, das ist ein Einthemen-Thema, das für alles hinhalten muss. Und wenn es heisst, das sei nur der Anfang, es müsse noch weiter gehen, dann ist klar, wo das hinführt. Das ist so genannte Dammbruch-Politik, und damit können wir uns nicht einverstanden erklären.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) ist mit der Textänderung nicht einverstanden.

Das Postulat wird mit 62 gegen 38 Stimmen (bei 8 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat